



Stefan Eich

Die Währung der Politik

Eine politische
Ideengeschichte
des Geldes

Stefan Eich

Die Währung der Politik

Eine politische
Ideengeschichte
des Geldes

Aus dem Englischen
von Felix Kurz

Hamburger Edition

Für Priya

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© der E-Book-Ausgabe 2023 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-494-7
E-Book Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde

© der deutschen Ausgabe 2023 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-376-6

© der Originalausgabe by Princeton University Press, 2022
Titel der Originalausgabe: »The Currency of Politics. The Political Theory of Money
from Aristotle to Keynes«

Umschlaggestaltung: Lisa Neuhalfen, Berlin
Umschlagabbildung: Victor Dubreuil, *Take One*

»Geld ist die Notwendigkeit,
die uns von der Notwendigkeit befreit.«
W. H. Auden, »*A Poet of the Actual*«,
Forewords and Afterwords (1973)

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	15
1 Die politische Institution der Währung Aristoteles und das Münzgeld der Polis	41
2 Die Entpolitisierung des Geldes John Locke und die Münzkrise von 1695	73
3 Der monetäre Gesellschaftsvertrag Johann Gottlieb Fichte und die neue Politik des Papiergeldes	109
4 Geld als Kapital Karl Marx und die Grenzen der Geldpolitik	145
5 Die Steuerung des modernen Geldes John Maynard Keynes und die globale Geldordnung	185
6 Stille Revolution Die politische Theorie des Geldes nach Bretton Woods	233
Epilog	269
Anmerkungen	289
Literaturverzeichnis	351
Abbildungsverzeichnis	383
Danksagung	385
Zum Autor	391

Vorwort

»Die Eigenart des Geldes besteht vor allem darin,
dass es eine raffinierte Methode ist, die Gegenwart
mit der Zukunft zu verbinden.«

*John Maynard Keynes*¹

Im Januar 1924 tauchte John Maynard Keynes in die Geschichte der Antike ein. Mit Entsetzen hatte er im Jahr zuvor beobachtet, wie die Weimarer Republik in einer Hyperinflation versank, und daraufhin seinen breit rezipierten *Traktat über Währungsreform* veröffentlicht, der später prägend wurde für eine neue Ära der Zentralbanken. Jetzt aber schweiften seine Gedanken in die ferne Vergangenheit ab. Keynes war »geradezu manisch damit beschäftigt«, die Geschichte des Geldes bis zu Schuldregistern im alten Mesopotamien zurückzuverfolgen.² Recht bald stieß er auf historische Zeugnisse über Geldreformen im antiken Athen. Eine ganze Welt der Geldpolitik tat sich unerwartet vor ihm auf. Nur wenige Jahrzehnte zuvor war in Ägypten die auf Papyrus festgehaltene, lange Zeit verschollene aristotelische Schrift *Der Staat der Athener* entdeckt worden.³ Keynes vertiefte sich in diesen Schatz; die darin geschilderte Geschichte der Geldreformen in Athen und des politischen Gebrauchs des Münzwesens zog ihn sofort in ihren Bann. Nachdem er die Schrift gründlich studiert und Auszüge daraus übersetzt hatte, stand für ihn fest, dass sich die politische Bedeutung des Geldes – ein Thema, das ihm für die Gegenwart so wichtig schien – bis in das antike Athen zurückverfolgen ließ.⁴

Keynes war mitnichten der erste, der sich durch moderne Geldkrisen in die Vergangenheit versetzt sah. Er befand sich vielmehr in Gesellschaft von Figuren wie Karl Marx, der im *Kapital* recht schnell auf Aristoteles' Gedanken über Austausch und Geld zu sprechen kam.⁵ Wie häufig Krisen des Geldsystems gewissermaßen Wurmlöcher innerhalb

der Geschichte geöffnet haben, war für mich bei der Arbeit an diesem Buch geradezu frappierend. Immer wieder wurde ich Zeuge, wie Philosophen, Historikerinnen und Ökonomen auf frühere monetäre Krisen in der Hoffnung zurückkamen, verfügbare theoretische Ressourcen auszuschöpfen und so zur Stabilisierung der eigenen Gegenwart beizutragen. Die Spuren solcher Zeitreisen finden sich oft in den Fußnoten der entsprechenden Werke. So stand am Anfang des vorliegenden Buches eine Untersuchung der Verweise Marx' auf Aristoteles und Locke, aber auch auf längst vergessene Geldtheoretiker und Pamphletisten. Ähnliche Muster entdeckte ich bei anderen Denkern, die sich in Momenten der Orientierungslosigkeit mit früheren Krisen befassten. Die politische Ideengeschichte des Geldes, wurde mir klar, hat sich in Schichten von Krisen abgelagert.

Mit der Freilegung dieser sedimentierten Schichten habe ich eine Art geologische Stratigrafie der politischen Theorie des Geldes unternommen. Dieses Buch gliedert sich so in eine Untersuchung sechs verschiedener Zeitschichten historischer Geldkrisen und ihrer Spuren in der politischen Ideengeschichte. Jeder dieser Augenblicke zeigt, wie ein geldtheoretischer Denker mit einer bestimmten Sackgasse ringt, und deutet auf spätere Kontroversen voraus. Es geht gerade nicht darum, kanonische Denker jeweils einzeln zu lesen oder unverbundene Fallstudien zu Geldkrisen zu unternehmen, sondern um die engen Verbindungen zwischen verschiedenen historischen Momenten und Schriften, die kontrovers rezipiert wurden und in späteren Reflexionen immer wieder Gegenstand waren. Anstatt eine fortlaufende Geschichte des Geldes zu erzählen, offenbart meine Stratigrafie ein geschichtetes System aus metamorphem Gestein, in dem das Gewicht späterer Schichten sich oft darauf auswirkt, was wir in früheren erkennen können.

Geld steht in enger Beziehung zu Zeit. Wie Keynes bemerkte, ist es ein Mittel, um die Gegenwart mit der Zukunft zu verbinden. Bereits Aristoteles verstand Geld als gesellschaftliche Lösung für ein zeitliches Problem. Der moderne Staatskredit ließ die Zeitdimension des Geldes noch deutlicher hervortreten. Indem er ein Geflecht aus Forderungen schuf, die die Gegenwart auf die Zukunft bezogen – auf eine Zukunft, die permanent hinausgeschoben werden konnte –, veränderte er den Charakter des Staates und das Verhältnis der Bürger zu ihm.⁶ Das mit ihm verbundene Aufkommen von Fiatgeld, gedeckt »nur« durch ein Versprechen des Staates, brachte ein neues Verständnis von politischer

Zeit mit sich. Geld ist ein Schlachtfeld, auf dem verschiedene Zukunftsvorstellungen miteinander ringen. Im Spannungsverhältnis zwischen einem immer weiteren Erwartungshorizont und einem immer prekäreren Erfahrungsraum fand die monetäre Moderne ihren reinsten Ausdruck in Momenten der Krise.⁷ Solche Momente waren es auch, in denen immer wieder ein neues Denken über Wesen und Zweck des Geldes hervorbrechen konnte. In ruhigen Zeiten erfahren die vorherrschenden Auffassungen ununterbrochen eine praktische Bestätigung; Momente der Krise dagegen sind von Brüchen und einer Offenheit für neue Gedanken geprägt. Durch Krisen öffnen sich Fenster, die das bislang Unvorstellbare politisch möglich, ja häufig sogar notwendig machen.⁸

Die Zeitschichten zu begreifen, auf denen wir stehen, hilft uns auch bei der Auseinandersetzung mit der Gegenwart. In der Geschichte konnten Theoretiker den falschen Gewissheiten ihrer Zeit dadurch entkommen, dass sie vergangene Krisen untersuchten und die mit ihnen verbundenen Debatten wieder aufnahmen. Diese Bewegung, in der jeder Ausbruch die jeweils nächste Sackgasse vorbereitet, machen wir uns heutzutage zu eigen. Das vorliegende Buch erzählt in mehreren Episoden eine Geschichte, die einige der zusammengepressten Schichten abträgt, von denen unser heutiger Blick auf Geld bestimmt ist – sowohl das, was wir sehen, wie auch das, was wir nicht sehen können. Die im Folgenden untersuchten Schriften und erzählten Geschichten führen eine historische Methode vor, die die Vernachlässigung des Geldes seitens politischer Theoretikerinnen überwinden kann, indem sie unser Verständnis der politischen Ideengeschichte erweitert und den Begriff der Tradition als ein Krisenprodukt neu fasst. Gleichzeitig schreibe ich selbst während eines monetären Interregnums. Nicht zufällig begann dieses Projekt damit, dass ich mit den politischen Fragen kämpfte, die die Finanzkrise von 2008 aufgeworfen hatte. Als ich damals über das Geld in der griechischen Antike schrieb, tobte gerade die Staatsschuldenkrise in der Eurozone; als ich das Buch abschloss, hatte die Coronapandemie wieder zu außerordentlichen geldpolitischen Maßnahmen und dann zu einem inflationären Preisschock geführt.

Bei der Lektüre über historische Geldkrisen und das mit ihnen verbundene politische Denken gewann ich allmählich einen neuen Orientierungssinn. Eine Erkenntnis, die zum Leitfaden für dieses Buch wurde, möchte ich besonders hervorheben. Die in den folgenden Kapiteln geschilderten intellektuellen und politischen Kämpfe sollten uns

dazu ermutigen, alte Debatten über Geld und Zentralbanken hinter uns zu lassen, die dem Gegensatz von »Entpolitisierung« und »Repolitisierung« verhaftet bleiben. Mit einer mehrdimensionalen Darstellung der politischen Theorie des Geldes will ich stattdessen zwei Thesen vertreten. Erstens: Versuche, das Geld zu »entpolitisieren«, beruhen auf einem performativen Widerspruch, einem Zaubertrick, insofern sie ihren eigenen politischen Charakter leugnen. Was gemeinhin »Entpolitisierung« heißt, wäre meist treffender als Entdemokratisierung zu bezeichnen. Diese kann sich kritischen demokratischen Fragen nicht entziehen. Mit diesem Buch verbinde ich die Hoffnung, dass es Stimmen, die die vermeintliche »Politisierung« von Geld und monetären Fragen mit Skepsis oder Beunruhigung sehen, zu der Einsicht veranlassen kann, dass sie sich selbst auf dem Schachbrett der Geldpolitik bewegen. Geld ist immer schon politisch, auch dort, wo es als das Gegenteil von Politik ausgegeben wird. Deshalb ist im Folgenden immer wieder von einer *Politik* der Entpolitisierung des Geldes die Rede. Das bedeutet keine pauschale Disqualifizierung des Rufs nach einer »Entpolitisierung« des Geldes, aber die Werte und Ziele, die ihm zugrunde liegen, müssen in der Sprache der Politik formuliert und vertreten werden. Auch für die Entpolitisierung des Geldes gilt das »Recht auf Rechtfertigung« (Rainer Forst) – das Recht, eine Rechtfertigung für sie zu erhalten.⁹

Umgekehrt sind aber aus dieser Perspektive auch Rufe nach einer »Politisierung« des Geldes haltlos oder sogar gefährlich, wenn sie nicht deutlich machen, auf welche Art von Politik sie zielen. Die Rekonstruktion früherer geldpolitischer Entwürfe führt uns auch vor Augen, wie unterschiedlich die politischen Annahmen und Werte waren, die die betreffenden Autoren mit einer Politik des Geldes verbanden. Unabhängig davon, wie wir diese Entwürfe beurteilen, sollten sie uns dazu ermutigen, uns über die Frage, ob das Geld politisiert oder besser nicht politisiert werden sollte, nicht länger den Kopf zu zerbrechen und stattdessen sinnvollere Fragen stellen: Was ist das normative Ziel von Forderungen nach einer Repolitisierung des Geldes? Welches Politikverständnis liegt ihnen stillschweigend zugrunde? Soll die monetäre Gewalt in einer Hand konzentriert oder vielmehr für demokratische Entscheidungsprozesse geöffnet werden? Ich hoffe dadurch diejenigen, die – wie ich selbst – für mehr explizite politische Kontrolle über das Geld eintreten, dazu anzuregen, ihre politischen Werte offenzulegen und so zwischen Politisierung und Demokratisierung klarer zu unter-

scheiden. Es kann nicht darum gehen, ob Geld eine politische Dimension hat oder haben sollte, sondern allein um die Frage, wie diese Politik aussehen und welche Werte sie leiten sollten.

Mein Ausgangspunkt bei diesen Fragen ist, dass unser heutiges Geldsystem weit hinter früheren Hoffnungen und selbst bescheidenen Erwartungen zurückbleibt. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, grundlegende demokratische Fragen über die Ausübung der monetären Gewalt neu aufzuwerfen. Dies bezieht sich sowohl auf die Macht der Geldschöpfung selbst als auch darauf, wie diese gesteuert und gelenkt wird. Offen bleibt dabei zunächst, wie Geld am besten demokratisiert werden könnte, und ich behaupte keineswegs, dass eine Antwort darauf leichtfiele. Doch trotz aller Schwierigkeiten erinnere ich in diesem Buch an das Versprechen des Geldes, auch als ein Werkzeug demokratischer Selbstregierung zu dienen. Am Ende des Buches sollte deutlich geworden sein, dass demokratisches geldpolitisches Denken erneuert werden muss, um alte Narrative zu überwinden, die die Politik des Geldes unsichtbar oder opak machen. Ein erster Schritt besteht darin, nachzuzeichnen, wie Diskussionen über Geld als Institution des Regierens und kollektiver Wert einen integralen Bestandteil der politischen Ideengeschichte bilden. Darum geht es mir, wenn ich von Geld als der »Währung der Politik« spreche. Nachdem wir die politische Theorie des Geldes sichtbar gemacht haben, können wir an monetäre Ordnungen dieselben Fragen stellen wie an politische: Wie legitimieren sie sich, und wie verteilen sie Macht? Das derzeitige Interregnum der Geldpolitik verlangt, dass wir die Frage nach der Hegemonie stellen.

Niemand weiß, was vor uns liegt. Die in diesem Buch erzählte Geschichte erlaubt es uns aber, die entscheidenden Fragen präziser zu stellen und bessere demokratische Visionen für die Zukunft des Geldes zu formulieren. Die Zentralbanken prägen unser Leben und unsere politischen Gemeinwesen längst auf vielerlei Weise, und das häufig un bemerkt. Warum verwandeln wir sie nicht in Labore einer »offenen Demokratie«, die der bewussten Gestaltung einer gemeinsamen Welt dienen? Das mag zunächst eigenartig klingen. Doch solche Forderungen gehen auf den seit Langem bestehenden Ruf zurück, die Orte der Produktion als etwas zutiefst Politisches zu behandeln.¹⁰ Die Kritik daran, wie dort Macht ausgeübt wird, gilt erst recht für die Produktion von Kredit. Wenn es einen Ort unumschränkter privater Macht gibt, dann ist es das Reich der Kreditschöpfung im Zentrum unseres Geldsystems. Anstatt

das heutige internationale Geldsystem mit seinen krassen Hierarchien als naturgegeben hinzunehmen: Können wir es wagen, die Möglichkeit eines demokratischen Weltgeldes zu denken? Wie könnte man das Geldsystem demokratisieren? Ist es möglich, und erstrebenswert, die normativen Kämpfe um das Geldverständnis, die jede monetäre Krise begleiten, zum Bestandteil demokratischer Tagespolitik zu machen? Eine überzeugende Vision von Geld als öffentlichem Gut und als Verfassungsprojekt im Dienst der Selbstregierung zu formulieren, wird von entscheidender Bedeutung sein, wenn wir die Demokratie für das 21. Jahrhundert stärken oder neu erfinden wollen.

Einleitung

»Money will not manage itself.«

*Walter Bagehot, Lombard Street (1873)*¹

In ruhigen Zeiten kann es schwierig sein, das, woran wir uns als etwas Selbstverständliches gewöhnt haben, überhaupt noch wahrzunehmen. Das Normale wird unsichtbar. »Manchmal ist das Vertrauteste genauso schwer zu erkennen wie etwas, das gar nicht vorhanden ist«, erinnert uns Hanna Pitkin in einem anderen Kontext.² Eine solche Institution, die sich unserem Blick entzieht, ist das Geld. Seine Unsichtbarkeit ist jedoch nicht zwangsläufig. Es handelt sich um ein fragiles politisches Konstrukt, das eine Geschichte hat. Ein Vermächtnis der letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts besteht darin, dass das Geld lediglich als vermeintlich entpolitisiertes Medium der Knappheit erscheint. Sowohl die Finanzkrise von 2008 als auch die geldpolitischen Reaktionen auf die Coronapandemie haben diese Illusion eines neutralen und apolitischen Geldes zunichte gemacht. Das zuvor verdeckte politische Gesicht des Geldes ist wieder erkennbar geworden. Mehr noch: Angesichts der Klimakatastrophe und immer größerer Wohlstandsunterschiede ist es dringlicher denn je, das verlorene politische Versprechen des Geldes zu bergen und neu zur Geltung zu bringen. Geld hat sich einmal mehr als ein Konstrukt der politischen Macht entpuppt und somit – wie ich im vorliegenden Buch argumentiere – als ein zentrales Problem der politischen Theorie.³

Im Folgenden rekonstruiere ich eine Reihe von politischen Theorien des Geldes, die in wesentlichen Aspekten sowohl aufeinander aufbauen als auch voneinander abweichen. Wie wir sehen werden, basieren unsere stillschweigenden Vorstellungen von Geld auf diesen Schichten und den von ihnen bedingten Entscheidungen. Sie zu entwirren, ihre theoretische Gestalt zu durchleuchten und ihre politischen Implikatio-

nen herauszuarbeiten, verlangt nach detaillierter historischer Rekonstruktion, die aber auch gleichzeitig als stetige Selbstverständigung funktioniert. Vor allem zwei Erkenntnisse ergeben sich aus dieser Genealogie. Erstens: Geld ist eine grundlegende Institution demokratischer Selbstregierung. Diesen demokratischen Anspruch mache ich im vorliegenden Buch deutlich, indem ich mit Blick auf die Rolle des Geldes von einer »politischen Währung« spreche (mehr dazu im nächsten Abschnitt). Darin besteht vielleicht der uns fremdeste und fragilste Aspekt des Geldes, aber es ist zugleich der, den es am dringendsten wieder freizulegen gilt. Zweitens, und eng damit verbunden: Meist erklimmt das Geld nicht die Ebene einer »politischen Währung«. Nur zu leicht kann es natürlich und apolitisch wirken. Doch das ist ein Taschenspielertrick, der verdeckt, welche politischen Folgen die Macht der Geldschöpfung hat.

Mit der Rekonstruktion dieser historischen Debatten hoffe ich nicht nur, das Geld als einen vernachlässigten Gegenstand des politischen Denkens und eine potenzielle Institution demokratischer Selbstbestimmung wieder freizulegen, sondern auch zu zeigen, wie es überhaupt dazu kam, dass die Politik des Geldes aus dem Blickfeld gedrängt wurde. Das Buch zeichnet somit zwei parallele Bewegungen nach: das periodische Wiederaufflackern eines politischen Bewusstseins von Geld insbesondere in Zeiten der Krise und die Debatten, durch die bestimmte Denker dazu beigetragen haben, die Politik des Geldes unkenntlich zu machen. Das Buch stellt einen Versuch dar zu verstehen, wie und warum die politische Dimension des Geldes verdeckt wurde – ohne je zu verschwinden.



Wir leben in einem geldpolitischen Interregnum. Der Mythos des neutralen Geldes im Jenseits der Politik ist tot. Doch wie der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze bemerkt hat, »ist ein durch und durch politisches Geld, das als solches aufzutreten wagt, noch nicht geboren worden«.⁴ Das vorliegende Buch untersucht diese vertrackte politische Lage der heutigen kapitalistischen Geldordnungen und skizziert eine Reihe von möglichen Antworten. Um die Potenziale der monetären Gewalt wie auch die von ihr ausgehenden Zwänge nachzuvollziehen, greife ich auf die Werkzeuge der politischen Theorie zurück. Obwohl Geld innerhalb unserer Gemeinwesen und für die Beziehungen zwischen ihnen zentrale Bedeutung hat, mangelt es uns an einer Sprache, um diese grund-

legenden Fragen nach einer demokratischen Geldordnung auch nur zu stellen, geschweige denn zu beantworten. Die politische Dimension des Geldes ist unübersehbar geworden, aber unser Vokabular für Diskussionen über seine Funktion, seinen Zweck erweist sich als dürftig und starr. Eines meiner Anliegen besteht daher darin, diese sprachliche Sackgasse zu überwinden.⁵ Die politische Theorie und die politische Ideengeschichte können uns dabei helfen, eine Sprache wiederzuentdecken und neu zu schaffen, die die monetäre Gewalt und ihre Fallstricke in demokratischen Begriffen zu formulieren vermag.

Zentralbanker sehen sich heute ungewollt ins Rampenlicht gestellt, weil ihre Ermessensspielräume bei der Geldschöpfung nicht länger verdeckt oder geleugnet werden können. Aber mit einer demokratischen Debatte über grundlegende geldpolitische Entscheidungen tun wir uns weiterhin schwer. Als der damalige Präsident der US-Notenbank Federal Reserve Ben Bernanke im März 2009 erklären musste, ob das 85 Milliarden Dollar schwere Rettungspaket für den Versicherungsgiganten AIG das Geld der Steuerzahler aufs Spiel setze, beschrieb er mit berühmt gewordenen Worten die wundersame Schöpfung von Geld aus dem Nichts: Die Fed hatte dem Kontostand der AIG kurzerhand neun Nullen hinzugefügt. Keine Zustimmung des Kongresses war dafür erforderlich, keine langwierigen steuerpolitischen Debatten. »Wir setzen einfach im Computer ihren Kontostand herauf«, erklärte Bernanke dem fassungslosen Journalisten.⁶

Die Krisen des zurückliegenden Jahrzehnts haben uns zwar das erstaunliche Ausmaß technokratischer Ermessensspielräume in einem System vor Augen geführt, das angeblich keine Alternativen kennt, aber gleichzeitig sehr schnell jede Vorstellung von einer unumschränkten geldpolitischen Souveränität der Staaten untergraben. Als die Zentralbanken versuchten, das internationale Kreditsystem in den Griff zu bekommen, stellten sie zumeist fest, dass sie selbst in ein ebenso riesiges wie undurchsichtiges globales Finanzwesen eingebunden sind, das sich zumindest teilweise ihrer direkten Kontrolle entzieht. Die politischen Institutionen, die die Macht zur Geldschöpfung besitzen, sahen sich in ihrer Fähigkeit gelähmt, das neu geschaffene Geld auch zu steuern.⁷ Nicht nur die Fed kann Geld aus dem Nichts schaffen; diese magische Praxis hat der Staat weitgehend an Privatbanken delegiert.⁸ Die Abhängigkeit von Krediten aus dem Privatsektor prägt seine eigene Gestalt nachhaltig. Doch obwohl Geld heute überwiegend als Bankkre-

dit geschöpft wird, und obwohl es als Kapital um den Globus zirkuliert, bleibt es letztlich an die Staaten gebunden, die für es bürgen.⁹ National wie international kennzeichnet die Pyramide des modernen Geldes eine stillschweigende Hierarchie, ablesbar daran, wie allgemein und umstandslos eine bestimmte Kreditforderung akzeptiert wird. An der Spitze dieser Hierarchie steht nach wie vor das vom Staat und seiner Zentralbank gedeckte Geld.

Zumindest in Europa und den USA blieben diese grundlegenden Fragen bis vor Kurzem in der öffentlichen Debatte weitgehend ausgespart. Das ist nicht länger der Fall: Geld spielt in der politischen Diskussion endlich wieder eine Rolle. Diese begrüßenswerte Entwicklung verdankt sich auch dem unermüdlichen intellektuellen und politischen Aktivismus verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen seit der Finanzkrise. Seitdem die Mystik, die sie früher umgab, Risse bekommen hat, beginnen Zentralbanken endlich zu erklären, wie Geldschöpfung tatsächlich funktioniert. Die erneute Anerkennung der Tatsache, dass es eine Politik des Geldes gibt, hat auch wieder Grundsatzdebatten über dessen Wesen und angemessene Beziehung zur Politik eröffnet. Das bedeutet nicht, dass das Ende der neoliberalen Mystik eines neutralen Geldes demokratischeren Formen der monetären Gewalt den Weg geebnet hätte. In vieler Hinsicht hat sich seit der Coronapandemie das Gegenteil offenbart.¹⁰ Und doch hat sich ein Fenster für demokratische Debatten geöffnet. Wir erleben deshalb wieder Kämpfe um geldpolitische Vorstellungen, die von den Forderungen nach Vollbeschäftigung, wie sie Vertreterinnen der Modern Monetary Theory (MMT) erheben, bis zu Visionen privater Kryptowährungen jenseits des Staates reichen. Wie Antonio Gramsci bereits in der Zwischenkriegszeit bemerkte: Wenn das alte Denken nicht mehr geglaubt wird, das neue aber nicht geboren werden kann, kommt es in einem solchen »Interregnum [...] zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen«.¹¹ Nichts könnte die Welt des elektronischen Geldes treffender beschreiben. Gleichzeitig ist auch keineswegs klar, wie ein demokratischeres Geld für eine finanziell integrierte kapitalistische Weltwirtschaft aussehen könnte.¹²

Politischen Theoretikerinnen fällt in diesen Debatten eine wichtige Rolle zu. Sie können dazu beitragen, den unklaren Ort des Geldes in der demokratischen Politik theoretisch zu fassen, und vielfältige begriffliche Werkzeuge bereitstellen, um die mögliche Bedeutung von Gerechtigkeit und Demokratie in der eigentümlichen Geldordnung des

Finanzkapitalismus auszuloten. Das Geld hat sich zwar als politischer entpuppt, als weithin angenommen wurde, aber durch welche Art von Politik es künftig gestaltet wird, bleibt offen. Die politische Theorie kann hier eine dringend nötige historische Orientierung bieten, durch die wir das labile Interregnum, in dem wir gegenwärtig leben, und mögliche Auswege aus ihm besser verstehen können. Deshalb widme ich mich in diesem Buch der politischen Ideengeschichte, um die Fundamente, Versprechen und Grenzen der Politik des Geldes zu erforschen.

Zwischen Vertrauen und Gewalt

Dass der Status von Geld in den meisten wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbüchern (ob vor oder nach der Finanzkrise publiziert) mehrdeutig bleibt, ist so überraschend wie bezeichnend. Geld ist dort wesentlich und irrelevant zugleich.¹³ Als unsere Vorfahren irgendeine – meist glänzende – Ware für die Vermittlung von Tauschakten auswählten, so die übliche Geschichte, vollzogen sie den Übergang vom Natural- zum Markttausch. Darin besteht die wesentliche Voraussetzung einer modernen Wirtschaft. Geld scheint hier lediglich ein neutraler Schleier zu sein, hinter dem sich die realwirtschaftlichen Transaktionen vollziehen, ein bloßes Schmiermittel für die Räder des Handels.¹⁴ Politik oder der Staat tauchen in diesem Bild nirgendwo auf.

Dieses Verständnis von Geld sollten wir als eine »Einfach-so«-Geschichte lesen. Für bare Münze genommen, ist sie vollkommen falsch, sowohl theoretisch irreführend als auch ahistorisch.¹⁵ Nirgends auf der Welt konnten Anthropologinnen oder Historiker jemals Beispiele für Naturaltauschökonomien finden.¹⁶ Was sie stattdessen entdeckten, waren ausgeklügelte gesellschaftliche Kreditsysteme.¹⁷ Praktiken, die wie Naturaltausch aussehen mögen, setzten in Wirklichkeit eine implizite Recheneinheit und ein unsichtbares Kreditsystem voraus. Umgekehrt ist Geld nicht einfach ein Metallstück, eine Münze, Muschel oder Papiernote. Sicher werden solche materiellen Zeichen häufig verwendet, um Schulden festzuhalten oder zu tilgen; doch das Zeichen mit Geld zu verwechseln, erklärte Keynes einmal pointiert, ist so, als »halte man eine Theaterkarte für die Aufführung«.¹⁸ Geld ist nicht eine Ware, die der Bequemlichkeit dient, sondern ein Kreditwerkzeug. Als ein gesellschaftliches Verhältnis geht es dem Markt voraus.¹⁹

Es gibt noch eine andere verbreitete und vielleicht plausiblere »*Einfach-so*«-Geschichte über den Ursprung des Geldes, die diese dürftige Konzeption eines vermeintlich neutralen Geldes kurzerhand umdreht. Nach dieser alternativen Geschichte entsteht das Geld nicht durch Handel, sondern durch Zwang: Geld ist, was immer man als Steuern zahlen muss, um einer Beschlagnahmung mit vorgehaltener Pistole (oder eher mit einem Schwert) zu entgehen. Bürger müssen sich in den Besitz der vom Staat festgelegten Währung bringen, sonst droht ihnen eine Strafe, weil sie ihre Steuern nicht zahlen können. Geld entspringt hier nicht einem äquivalenten Tausch, sondern misst die unter Androhung von Gewalt auferlegten Steuerschulden. Mit anderen Worten: Der Staat befindet sich in der einzigartigen Position, dass er eine Währung ausgeben und die Bürgerinnen zu ihrem Gebrauch zwingen kann. Nach dieser »chartalistischen« Auffassung (von *charta*, lateinisch für Papier, Urkunde) existieren Steuern, weil altertümliche Herrscher so eine Nachfrage nach ihren eigenen Wertzeichen schaffen konnten.²⁰

Trotz ihrer erklärten Uneinigkeit verbindet diese beiden »*Einfach-so*«-Geschichten mehr, als ihre Verfechter zugeben mögen. Beide sind implizit von bestimmten ideologischen Annahmen geprägt, und beide sollen ein bestimmtes Verständnis von Geld fördern. Beide arbeiten außerdem mit extrem weit reichenden historischen Behauptungen. In seinem (richtigen) Bemühen, den Mythos des Naturaltauschs zu überwinden, droht der Chartalismus eine transhistorische Annahme durch eine andere zu ersetzen.²¹ In ihrem theoretischen Gegensatz verhalten sich die beiden Geschichten letztlich spiegelbildlich zueinander. Während Politik in der Naturaltausch-Erzählung vollständig fehlt, ist sie in der chartalistischen Erzählung schlicht eine konzentrierte, in sich unterschiedslose Macht, Steuern zu erheben. Während der Staat in den wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbüchern nicht vorkommt, setzt der Chartalismus ihn als voll entwickelt voraus. Letztlich weichen beide Ansätze einer gehaltvolleren politischen Geldtheorie aus, die nicht auf Handel oder Zwang reduzierbar ist, sondern beide Momente umfasst. Mein Anliegen besteht daher nicht darin, eine weitere Ursprungsgeschichte vorzulegen. Vielmehr hoffe ich mit der Darstellung breiterer Debatten über die politische Theorie des Geldes herauszuarbeiten, welche Einsätze ihnen zugrunde liegen. Die Werkzeuge der politischen Theorie erlauben uns so, zu einem umfassenderen Verständnis der politischen Rolle und Zwecke des Geldes gelangen. Außerdem können wir

so besser verstehen, welche politische Funktion verschiedene konjekturale Geschichten des Geldes erfüllen.

Das moderne Geld ist in der Tat ein rechtliches Geschöpf, das sich ohne Bezug auf politische Macht – einschließlich der Androhung von Gewalt – nicht begreifen lässt. Aber es hängt auch am seidenen Faden von Vertrauen und kollektivem Glauben, die beide schlagartig verschwinden können. Indem Geld dazu beiträgt, gesellschaftliche Werte und Verhältnisse hervorzubringen und aufrechtzuerhalten, ist es nicht nur ein Produkt politischer Macht, sondern seinem Wesen nach selbst eine Machtquelle.²² Das Geld führt ein politisches Eigenleben mit einer performativen und kommunikativen Dimension. In dieser Hinsicht ist es aufschlussreich, dass es in der politischen Ideengeschichte häufig mithilfe von vielschichtigen Analogien zu Recht und öffentlicher Rede behandelt worden ist. Es lässt sich somit nicht auf Handel oder Steuern reduzieren, sondern ist ein ambivalentes politisches Projekt im Spannungsverhältnis von Vertrauen und Gewalt.²³ Das bedeutet allem voran, dass der Gedanke eines Geldes im Jenseits von Vertrauen und Politik – zum Beispiel eine von Kryptowährungen ausgehende Fiktion – eine gefährliche Täuschung ist, hinter der sich Machtstreben verbirgt. Doch ebenso wenig stellt Geld lediglich ein neutrales Instrument des Fiskalstaats dar. Am ehesten lässt es sich als ein fragiles Projekt der politischen Sprache begreifen, und aufgrund eben dieser schwierigen Lage ist es für demokratische Politik zugleich Versprechen wie Herausforderung.

Entscheidend ist hier, dass diese politischen Möglichkeiten und Verantwortlichkeiten nicht nur das gesetzliche Zahlungsmittel im engeren Sinne betreffen, sondern auch das von Banken geschaffene moderne Kreditgeld. Selbst wo der moderne Staat heute mit privaten Kapitalmärkten verflochten ist, steht sein Geld im Inland wie international an der Spitze der Hierarchie des Geldes.²⁴ Selbst wo er die Bereitstellung von Krediten an Banken delegiert hat, beansprucht der Staat ein Monopol auf die »Geldverfassung« (Max Weber).²⁵ An der Schnittstelle von staatlichen Währungen und privatem Kredit stehen heute die Zentralbanken als eigentümliche Institutionen einer staatlich-privaten Geldschöpfung, deren verfassungsrechtlicher Status unklar ist.²⁶ Wie die Rechtshistorikerin Christine Desan mit ihrem einflussreichen verfassungsrechtlichen Zugang erkannt hat, sprechen wir zwar gewöhnlich von »Geldordnungen«, betrachten aber selten ihre normative und

politische Dimension – was wir bei anderen Verfassungsinstitutionen ganz selbstverständlich tun.²⁷ Wie bei Verfassungen geht es aber auch bei Geldsystemen sowohl um Verteilungsfragen als auch um Debatten zum Gemeinwohl. Das moderne Geld kann sich grundlegenden Fragen der Machtverteilung und des demokratischen Regierens nicht entziehen.

Politische Währung

Während ich generell mit einem Verständnis von Geld als Kredit arbeite, führe ich mit diesem Buch den neuen Begriff der »politischen Währung« ein.²⁸ Er bezieht sich nicht auf Bargeld oder lediglich das gesetzliche Zahlungsmittel. Vielmehr spreche ich von einer »Währung« im metaphorischen Sinne, um Geld als ein Werkzeug demokratischer Selbstregierung zu fassen – ein Gedanke, dessen Genealogie hier nachgezeichnet wird. Als politischer Theoretiker hinterfrage ich die Legitimität von Institutionen. Ein mögliches Verständnis von Legitimität besteht darin, zu unterstreichen, dass der fragliche Gegenstand – zum Beispiel ein bestimmtes Gesetz – nicht von oben oktroyiert, sondern von den Betroffenen selbst hervorgebracht wurde. Das ist der demokratische Grundgedanke einer Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk. Dagegen beurteilt man monetäre Systeme zu häufig allein danach, ob sie bestimmte Ergebnisse wie beispielsweise Preisstabilität erzielen, oder politikwissenschaftlich gesprochen: Man beurteilt sie anhand ihrer »Output-Legitimität«. Das ist sicherlich eine wichtige, ja entscheidende Dimension von Legitimität, aber eben nur eine. Aus der Perspektive der politischen Theorie lässt sich ein System, dessen Legitimität auf seinem dauerhaften Nutzen für alle beruht, am besten dadurch erreichen, dass man den Betroffenen Einfluss gewährt.

Der Ausdruck »politische Währung« markiert somit einen normativen Anspruch. Gleichzeitig ist er nicht völlig losgelöst von der Geschichte des Geldes. Auch wo sie letztlich scheiterten, zielten monetäre Innovationen vom Münzgold im antiken Griechenland bis zum Papiergeld des 18. Jahrhunderts immer wieder auf eine Neuausrichtung des Geldes an der Idee der »politischen Währung«: Das Geldsystem sollte so verändert werden, dass es der Bürgerschaft dienen würde – nicht umgekehrt. Von Geld als einer »politischen Währung« zu sprechen, soll in-

sofern auch an seine demokratischen Potenziale und die Art und Weise erinnern, wie Gemeinwesen nicht nur die Hoheit über das in ihnen zirkulierende Geld beanspruchen, sondern es auch verwenden, um sich auf eine gerechtere Weise selbst zu regieren.

Dass Geld politische Dimensionen besitzt, wird natürlich selten rundweg bestritten. Immerhin geben die meisten Staaten weiterhin ihre eigene Währung aus. Doch wenn Geld als »politisch« bezeichnet wird, heißt dies meist kaum mehr, als dass Geldpolitik die Reichumsverteilung beeinflusst und daher umkämpft ist. Sicherlich sind geld- und währungspolitische Entscheidungen Gegenstand lebhafter Kontroversen, da sie breite Auswirkungen auf die Verteilung von Wohlstand und Macht haben.²⁹ Das ist ein wesentlicher Aspekt, der seit Langem für Ökonominnen und neuerdings auch für normative Politikwissenschaftler im Vordergrund steht.³⁰ Dennoch erschöpft sich darin nicht, was ich unter der Politik des Geldes verstehe.

Von Politik ist hier vielmehr in einem grundlegenden Sinne die Rede. Erstens benötigen alle politischen Gemeinwesen Werkzeuge der Reziprozität, um unter ihren Angehörigen bürgerliche Beziehungen herzustellen.³¹ Ein solches Werkzeug ist neben Recht und öffentlicher Rede auch das Geld. Als solches kann es dazu beitragen, die Voraussetzungen für Politik, besonders für demokratische Politik, zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Nicht zufällig ging die Monetarisierung der antiken griechischen Welt Hand in Hand mit dem Aufstieg der Polis, wie wir sehen werden. Zweitens stellt Geld ein wesentliches Instrument dar, um Gerechtigkeit auszudrücken und durchzusetzen. Bei der Kontrolle über den monetären Standard geht es um mehr als nur Geldwertstabilität; sie betrifft auch die Macht politischer Gemeinwesen, gesellschaftliche Werte zu definieren, Ressourcen zu verteilen und Vergütungen, Bußen und Entschädigungen festzulegen. In demokratischen Ordnungen gewinnt dieser Aspekt besondere Bedeutung. Drittens beruht Geld als politische Institution auf Formen von kollektiver Vorstellungskraft, die die Gegenwart mit der Vergangenheit und Zukunft verbinden. Stärker als wohl bei jeder anderen Institution sind Ideen und Erwartungen grundlegend dafür, wie Geld funktioniert. Unabhängig davon, ob unsere Vorstellungen von Geld nun »richtig« oder »falsch« sind, prägen diese Ideen unsere monetären Institutionen. Mehr noch: Ob ein bestimmtes Verständnis von Geld »richtig« ist, hängt selbst von unseren kollektiven Überzeugungen ab.³² Diese drei Dimensionen, die

die politisch-institutionellen Züge von Geld beschreiben, lassen sich aus der politischen Ideengeschichte bergen. Dieses Buch stellt einen ersten Versuch dar, das zu leisten.

≈≈≈

Bei der Rekonstruktion historischer Debatten über die politische Theorie des Geldes betone ich durchweg ihren Charakter als Schichten. Diese Theorien sind nicht isoliert voneinander entstanden; jede von ihnen ist auf frühere Krisenmomente, aber auch auf ältere Grundlagentexte zurückgekommen. Locke und Marx rangen beide mit Aristoteles' Behandlung des Geldes. Fichte, Marx und Keynes setzten sich eingehend mit Lockes Argumentation während der Münzprägungsdebatten der 1690er Jahre auseinander. Die monetären Kontroversen während der Napoleonischen Kriege besaßen große Bedeutung für Proudhon und Marx, warfen ihre Schatten aber noch auf Keynes und die Zwischenkriegsdebatten zum Goldstandard. Auch waren die daraus resultierenden Antworten keine zeitlosen Vorschläge; jede versuchte auf ihren eigenen spezifischen Moment der Krise zu reagieren und jede griff auf die Geschichte zurück, um inmitten solcher Krisen den eigenen Standort zu bestimmen. Ähnlich geht es auch mir in erster Linie darum, Orientierung zu bieten, indem ich auslote, inwiefern die theoretischen Werkzeuge, mit denen wir die Politik des Geldes zu begreifen versuchen, von vergangenen Kämpfen geprägt wurden und sie unweigerlich bis heute bruchstückhaft widerspiegeln.

Diese genealogische Übung erlaubt es uns zugleich, eine Karte zu erstellen, mit der wir die verschiedenen geldpolitischen Visionen erfassen können. Ungeachtet ihrer historischen Differenzen nehmen die hier rekonstruierten Positionen von Locke, Fichte, Marx die gegenwärtige Situation auf geradezu unheimliche Weise vorweg. Da ist zunächst einmal der *Basso continuo* der lockeschen Orthodoxie eines »harten Geldes«, die das Geld als politisch zu wichtig betrachtet, als dass man es politischen, vielleicht sogar demokratischen Entscheidungsprozessen überlassen könnte. In kritischer Erwiderung auf diese lockesche Politik einer Entpolitisierung des Geldes haben Fichte, Proudhon, Marx und Keynes eine Matrix von Möglichkeiten entworfen, die bis heute einen Rahmen für Debatten über Geld und Politik bilden. Fichtes Entwurf eines Systems wohlgeordneter, auf geldpolitischer Souveränität basierender Staaten prägt aktuell Forderungen nach einer aktiveren Fis-

kalpolitik, die sich nicht zuletzt auf die Einsichten der Modern Monetary Theory (MMT) stützen. Proudhonistische Rufe nach einer sozialen Geldreform wiederum, die das Kreditwesen »republikanisieren« oder unter dezentrale Kontrolle bringen sollte, sind in Debatten um finanzielle Bürgerrechte und ein öffentliches Kreditwesen wiedergekehrt. Angesichts der außerordentlichen Fähigkeit des Kapitals, noch von den größten Katastrophen zu profitieren, hat sich unterdessen auch Marx' desillusioniertes Beharren darauf, dass Geld letztlich nicht dem Staat gehorche, sondern unauflöslich mit der Macht des Privatkapitals verbunden sei, als durchaus zählebig erwiesen. Keynes' Versuch schließlich, monetäre Autonomie und internationale Koordination durch eine neue Weltfinanzordnung miteinander zu versöhnen, markiert bis heute die äußerste Grenze unseres geldpolitischen Vorstellungshorizonts. Zusammengenommen ergeben diese Optionen ein Koordinatensystem verschiedener – teils divergierender, teils einander ergänzender – politischer Antworten, die uns heute zur Verfügung stehen.

Wenn wir diese unterschiedlichen Schichten nachzeichnen, verstehen wir auch besser, wie die politische Theorie des Geldes im Lauf der Zeit verdunkelt und verdeckt werden konnte. Auf je eigene Weise hatten sowohl Locke als auch Marx auf die Grenzen von Geldpolitik hingewiesen – der eine affirmativ, der andere kritisch. In den Händen ihrer Schüler gewannen solche Einschränkungen eine Eigendynamik. Ihr ursprünglicher politischer Charakter ging kurzerhand verloren und mit der Zeit trugen sie so zur allmählichen Verdrängung von Geld als einem Thema des politischen Denkens bei. Im Ergebnis förderten sowohl lockesche als auch marxistische Positionen – als Spiegelbilder voneinander – eine symmetrische liberale und linke Vernachlässigung der Politik des Geldes, die diese lange Zeit unsichtbar machte und unter deren Einfluss wir bis heute stehen.

Keynes bekämpfte eine solche Stilllegung der Politik des Geldes in ihrer liberalen wie marxistischen Variante. Gleichzeitig teilte er bestimmte Elemente aller früheren Positionen und versuchte mit den daraus folgenden Spannungen bewusst umzugehen. Aus diesem Grund kann er uns einen Leitfaden für die verschiedenen Vorschläge von Locke, Fichte und Marx bieten, denen er wohlwollend – wenn auch nicht ohne eigenes Interesse – begegnete. Gegen Stimmen, die Geld als eine spontane, von den Naturkräften des Marktes hervorgebrachte Ordnung darstellten, betonte Keynes seine politischen Voraussetzungen. Gegen

Stimmen, die die ungleich verteilten Lasten der vom Goldstandard erzwungenen Anpassung gleichgültig hinnahmen, bemühte er sich um eine Verbindung von Geld und sozialer Gerechtigkeit. Wie Fichte betonte Keynes außerdem, dass das moderne Geld auf vielfältige direkte wie indirekte Weise in letzter Instanz an den Staat gebunden sei. Zugleich besaß er jedoch ein ausgeprägtes Bewusstsein der – politischen wie auch technischen – Grenzen von Geldpolitik. Mit Locke verband ihn das Eintreten für eine Entpolitisierung der Wirtschaft und mit Marx ein Verständnis der grundlegenden Logik von Kapital und Finanzmärkten. Für Keynes jedoch schloss Entpolitisierung nicht ein Bewusstsein der politischen Fundamente des Wirtschaftslebens aus. Vielmehr erforderte sie gerade die Fähigkeit zur Repolitisierung, wann immer dies nötig war. Folglich plädierte er dafür, das Geld unter eine bewusste und demokratisch legitimierte Kontrolle zu bringen, indem man es der naturalistischen Täuschung entkleidete, die seine politischen Grundlagen verdeckte. Gleichzeitig war Keynes bewusst, dass Geldreformen und eine bessere Geldpolitik allein nicht ausreichen würden. Deshalb skizzierte er die Grenzbedingungen, unter denen entsprechende Maßnahmen nicht mehr effektiv wären und es direkterer Formen von Vergesellschaftung (insbesondere der Investitionen) bedürfte.

Mit Keynes sehen wir somit eine Möglichkeit – es gibt zahlreiche andere –, wie man die von Locke, Fichte und Marx skizzierten Optionen zueinander ins Verhältnis setzen kann. Meine Hoffnung ist, dass ich mit einer solchen Darstellung verschiedener Optionen anderen politischen Theoretikerinnen, die sich bislang nicht auf das scheinbar gefährliche Terrain der Politik des Geldes getraut haben, etwas Orientierung bieten kann. Aber ich hoffe auch, dass ein solches Koordinatensystem uns in den Stand versetzt, kreativer und dialektischer im Sinne Albert Hirschmans darüber nachzudenken, welche untergründigen Beziehungen zwischen diesen Ansätzen bestehen und inwiefern sie sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern überschneiden und ergänzen.³³ Das Koordinatensystem lädt uns dazu ein, produktive Widersprüche zu ergründen, indem wir verschiedene theoretisch-politische Formationen wieder in Berührung miteinander bringen.

Schichten aus Krisen

Anstelle einer solchen vielschichtigen Genealogie wird die Geschichte des monetären Denkens oft als Zusammenprall zweier rivalisierender Lager gelesen: orthodoxer Theorien des Warengelds und heterodoxer Theorien des Kreditgelds.³⁴ Erstere – eng verwandt mit der oben erwähnten Darstellung in wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbüchern – betrachten Geld primär als eine austauschbare Ware, die lediglich der Bequemlichkeit dient.³⁵ Heterodoxe Ansätze sehen Geld dagegen in erster Linie als ein Mittel, um Kreditforderungen festzuhalten. Geld gilt bei ihnen als ein »nominalistisches« System zur Benennung von Dingen.³⁶ Die Unterscheidung zwischen orthodoxen und heterodoxen Erklärungsmodellen hat offenkundige klassifikatorische Vorzüge und bietet mit Blick auf eine überaus umfangreiche Geschichte von Geldtheorien einen ersten Halt. Doch bei dieser Zweiteilung geht auch vieles verloren. Zunächst einmal lassen sich viele historische Autoren nicht feinsäuberlich einer der beiden Kategorien zuordnen. Im Zuge unserer Untersuchung werden wir mehreren solchen Fällen begegnen, nicht zuletzt Marx. Außerdem erzeugt die Gegenüberstellung zweier Lager den falschen Eindruck, dass jedes in sich homogen sei. Es bestehen jedoch entscheidende Differenzen etwa zwischen den erwähnten Lehrbüchern, für die das gesamte Thema Geld ein neuralgischer blinder Fleck ist, und dem vehementen Eintreten für die monetäre Orthodoxie seitens Ökonomen der österreichischen Schule und den konservativen Zentralbankern der Zwischenkriegszeit. Ähnlich wäre es mit Blick auf das heterodoxe Lager ein Fehler, den Nominalismus auf die chartalistische, den Staat fokussierende Geldtheorie zu reduzieren.³⁷ Unter dem großen Dach des Kreditgeldansatzes finden ganz unterschiedliche Auffassungen ihren Platz.

Es besteht dabei noch ein weiteres, subtileres Problem. Jegliche klassifizierende Zweiteilung in orthodoxe und heterodoxe Theorien stützt sich auf divergierende Auffassungen des *Wesens* von Geld. Darin besteht aber nur eine Dimension der Debatte, oder genauer: nur eine Art, Geld zu betrachten. Übersehen wird dabei, wie die Uneinigkeit über sein Wesen oft eine tiefer liegende Uneinigkeit über seinen *Zweck* ausdrückt. Und selbst ein geteiltes Verständnis seines Wesens kann sich in völlig unterschiedliche politische Positionen übersetzen, je nachdem, welchen Begriff von Staat, Freiheit oder Gerechtigkeit man hat. Im vorliegenden Buch interpretiere ich Debatten in der Geschichte des mone-

tären Denkens daher stattdessen als immer auch auf unterschiedlichen *politischen* Theorien des Geldes beruhend.

Was bei der binären Gegenüberstellung von orthodoxen und heterodoxen Ansätzen letztlich verloren geht, ist ein von Krisen bestimmtes Narrativ, das existierende Auffassungen von Geld als Produkte verschiedener politischer Kämpfe über dessen Zweck begreift. Anstatt eine statische Auswahl zwischen zwei oder mehr Geldbegriffen zu konstruieren, bohre ich hier – mit einer geologischen Metapher gesprochen – in den Boden, auf dem wir stehen, um verschiedene Schichten von Geldpolitik zu lokalisieren, Verbindungen zwischen ihnen nachzuzeichnen und eine Idee davon zu vermitteln, wie frühere Positionen spätere bedingt und hervorgerufen haben. Diese geologische Forschung ist zwangsläufig selektiv und auch dadurch eingeschränkt, dass ich mich eben zufällig auf einem bestimmten Boden befinde. Sie erhebt also keinen Anspruch auf Vollständigkeit und soll auch keine umfassende und kontinuierliche Geschichte des Geldes bieten. Was Aristoteles, Fichte, Marx und Keynes stattdessen letztlich zusammenhält, sind Fußnoten – jene Wurm Löcher, durch die wir uns zwischen verschiedenen Krisen bewegen können.

≈≈≈

Die erwähnten orthodoxen und heterodoxen Positionen werden beide häufig bis zu Aristoteles zurückverfolgt, dessen Reflexionen zum Geld in der *Politik* und der *Nikomachischen Ethik* für hundert Generationen von Gelehrten den Ausgangspunkt bildeten.³⁸ Während moderne Leserinnen von Aristoteles – zumindest seit dem 18. Jahrhundert – meistens Passagen hervorgehoben haben, die ihn als einen frühen Warentheoretiker ausweisen, argumentiere ich im ersten Kapitel, dass er den politischen, auf Konvention beruhenden Charakter des Geldes aufzeigte und ein früher Theoretiker des Geldes als »politischer Währung« war. Dieses Geldverständnis begleitete das Aufkommen von Münzgeld, das in der mediterranen Welt im 6. Jahrhundert v. Chr. einsetzte. Geld hatte es schon seit Jahrtausenden gegeben, die ersten Münzen aber tauchten im östlichen Mittelmeerraum erst mit der griechischen Polis auf.³⁹ Die Ausbreitung des Münzgelds ging Hand in Hand mit einem neuartigen Verständnis des politischen Gemeinwesens und verlieh dem Geld eine neue politische Dimension, die eng mit der Idee der Selbstregierung verbunden war.

Im ersten Buch der *Politik* spekulierte Aristoteles, Edelmetalle seien

zu Geld gemacht worden, um den Fernhandel zu erleichtern.⁴⁰ Diese Passage wird gewöhnlich als Beleg dafür angeführt, dass Aristoteles ein Theoretiker des Warengeldes gewesen sei. Allerdings stellte er dieser Ansicht sofort eine zweite gegenüber, nach der das Geld »rein legale Geltung, dagegen von Natur gar keine« besitze.⁴¹ Wo er in der *Politik* das Geld an Metall zu binden schien, stellte Aristoteles das Münzgeld in der *Nikomachischen Ethik* als eine bürgerliche Institution der Wechselseitigkeit dar. Indem wir die politische Bedeutung der Währung (*nomisma*) in den Blick nehmen und sie von Aristoteles' Kritik an der Reichtumsakkumulation trennen, können wir Licht in diese scheinbar widersprüchliche Darstellung bringen. Für Aristoteles wie auch besonders für die Athener war die Währung nicht einfach ein Mittel für kommerziellen Austausch, sondern auch eine Säule des politischen Gemeinwesens und ein wichtiges Instrument der Gerechtigkeit.⁴² Geld ins Zentrum von Politik zu rücken, hat weitreichende Konsequenzen. Der Gedanke, dass Geld eine politische Währung sei, wirft grundlegende Fragen auf: Wodurch zeichnet sich ein politisches Gemeinwesen aus? Was ermöglicht es Bürgerinnen, sich als Bürgerinnen aufeinander zu beziehen? Was versetzt sie in den Stand, gemeinsame Entscheidungen über Werte und Gerechtigkeit zu treffen? In Aristoteles' idealisierter Analyse bildete die Währung eine politische Institution der Reziprozität und Gerechtigkeit.

Diese ursprüngliche Erwartung wurde mit der Zeit weitgehend enttäuscht und verschwand aus dem Blickfeld. Dennoch fand der aristotelische Nominalismus weite Resonanz und hinterließ seine Spuren im römischen Recht, dem scholastischen Denken und der frühneuzeitlichen Rechtspraxis.⁴³ Als Thomas von Aquin in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts die *Nikomachische Ethik* kommentierte, pflichtete er Aristoteles bei, dass das Geld durch eine Art Übereinkunft unter den Menschen entstanden sei.⁴⁴ Es war ein Maß nicht von Natur aus, sondern aufgrund von Gesetz und Konvention (*nomos*). Dies wurde weithin so interpretiert, dass der Wert des Geldes Ermessenssache des Souveräns sei. Allerdings legte dieses königliche Vorrecht dem Souverän zugleich die strikte Pflicht auf, den Wertstandard stabil zu halten.⁴⁵ Von der Antike über das Mittelalter bis in die frühe Neuzeit galt die Währung im westlichen politischen Denken als eine konstitutive politische Institution, die von dieser wesentlichen Zweischneidigkeit geprägt war. War Geld konventionell im Sinne einer gesellschaftlichen Institution, die sich mit der Zeit allmählich herausgebildet hatte? Oder konnte der

Souverän den Wert des Geldes nach Belieben verändern? Wem gehörte die Währung – dem Souverän oder dem Volk?

Immer wieder können wir beobachten, wie die politischen und philosophischen Kämpfe um solche Fragen in periodischen Krisenmomenten hervorbrachen. Als es im Frankreich des 14. Jahrhunderts zu einer Serie von Münzverschlechterungen kam, lautete der Rat von Nicolas von Oresme, dass Währungsveränderungen – *mutatio monetarum* – mitunter zwar unvermeidbar seien, aber nur im äußersten Notfall vorgenommen werden sollten oder nur, wenn es eindeutig zum Vorteil aller sei.⁴⁶ Während er dem Monarchen das Recht zur Münzprägung zuerkannte, war es nach Oresme die Gemeinschaft, die das Hoheitsrecht über den Wert des Geldes besaß.⁴⁷ Wie Oresme blieben viele Stimmen zerrissen zwischen einem Rechtsnominalismus (der häufig ebenfalls auf Aristoteles zurückging) und dem Beharren darauf, dass Münzverschlechterungen nur begrenzt zulässig seien. Das Verhältnis zwischen Geld und politischem Gemeinwesen warf eine Reihe von überaus heiklen Fragen auf, die sich durch den Aufstieg des frühneuzeitlichen Staates und den beispiellosen Zustrom von Edelmetallen aus der Neuen Welt im Zuge der Kolonialexpansion nur noch zugespitzter stellten. Vor dem Hintergrund der Religionskriege in der frühen Neuzeit erreichten diese Debatten einen neuen fieberhaften Gipfelpunkt, blieben aber in derselben Sackgasse stecken wie bisher. In seinem Werk *Sechs Bücher über den Staat* (1576) erklärte der französische Rechtsgelehrte Jean Bodin beispielsweise, das Münzrecht sei nicht nur analog zu, sondern »von der gleichen Rechtsnatur wie das Gesetz«. ⁴⁸ Das Recht, Münzen (*nummus*) zu prägen, galt ihm ebenso sehr als Kennzeichen des Souveräns wie das Recht, Gesetze (*nomos*) zu erlassen. Unter Berufung auf die Grundsätze des römischen Rechts übte Bodin in einer Reihe prägnanter Interventionen jedoch gleichzeitig erbitterte moralische Kritik an Münzverschlechterungen.⁴⁹ Auch wenn das Münzrecht eine souveräne Prärogative darstellte, konnte der Fürst das Gewicht der Geldstücke nicht willkürlich ändern – weder das Wohlergehen seiner Untertanen noch das der Fremden, die mit ihm und seinen Untertanen Handel trieben, durften verletzt werden.

Die Einsicht, dass das frühneuzeitliche Geld ein machtvolles Herrschaftsinstrument war, ging so damit einher, der Ausgestaltung dieser Institution enge Grenzen zu ziehen. Im Ergebnis konnten sich die Souveräne zwar ihrer königlichen Prärogative zur Geldschöpfung rühmen,

waren aber mit einer Realität konfrontiert, in der dieses Recht moralisch und praktisch beschnitten war.⁵⁰ Neben der souveränen Münzprägung existierte ein immer verzweigteres Geflecht aus internationalen Banken, das sie deutlich einschränkte.⁵¹ Das bedeutet, dass das mittelalterliche und frühneuzeitliche Geld in einem zweigeteilten System existierte.⁵² Die Herrscher verfügten über nominalistische Währungen und Schuldsysteme, daneben bestanden diverse informelle Kreditsysteme für kleinere lokale Transaktionen sowie Wechselbriefe und Schuldscheine (als deren Rechnungseinheiten häufig Edelmetalle dienten) für die grenzüberschreitenden Geschäfte von Kaufleuten.⁵³ Bald aber trat das Geld aus diesem Flickenteppich sich teilweise überschneidender Währungen und Kreditnetzwerke heraus und verwandelte sich deutlich erkennbar in modernes Geld.

Konstitutionelles Projekt und fiktive Ware

Die Spannung zwischen einem immer machtvolleren Staat und dem Geflecht aus lokalen Kreditsystemen und internationalem Edelmetall erreichte im 17. Jahrhundert ihren Höhepunkt. Hatten in Europa während großer Teile des Mittelalters zwei parallele Geldsysteme bestanden – ein nominalistisches für lokale und binnenstaatliche Transaktionen, ein auf Edelmetallen beruhendes für Geschäfte mit Ausländern –, so verflochten sie sich nun ineinander. In England begann das alte, zweigeteilte System eine völlig andere Gestalt anzunehmen, als die sogenannte Finanzielle Revolution die Art und Weise der Geldschöpfung und damit auch bestehende Vorstellungen von Geld umwälzte.⁵⁴ Entscheidend ist hier, dass das moderne kapitalistische Geld die zwei vormalig getrennten Systeme des staatlichen Geldes und privater Formen von Geld miteinander kombinierte und verschränkte. Kapitalistisches Geld kennzeichnet in diesem Sinne die Monetisierung privater Schulden durch ein Bankensystem, das seinerseits durch den Staat abgesichert wird.⁵⁵ Damit einher ging, dass die Staaten, die bislang für die Prägung von Edelmetallen zu Münzen Geld verlangt hatten, nun Zinsen auf ihre eigenen Schulden zahlten.⁵⁶ Dies rückte den Staat ins Zentrum des Geldsystems, verdeckte diese Zentralität aber zugleich und band ihm seine unsichtbaren Hände.

In Begriffen der politischen Theorie formuliert: Die Bereitstellung

des öffentlichen Guts Geld übertrug der moderne Staat im Grunde privaten Akteuren. Gleichzeitig ist das moderne Geld selbst in Form von Bankkrediten und -einlagen nie vollkommen privat, sondern wird in letzter Instanz von der Zentralbank als Aufseherin über das Bankensystem verbürgt. Ebenso wie rein privates Geld ist auch ein rein privates Finanzsystem notwendigerweise eine Fiktion – auch wenn diese Fiktion für die moderne Finanzordnung offenbar notwendig ist.⁵⁷ Wie das Geld selbst bleibt auch die Hierarchie des kapitalistischen Geldes letztlich ein Geschöpf des Rechts.⁵⁸ Der Kapitalismus muss somit als eine einzigartige Epoche in der Geschichte des Geldes betrachtet werden. Eine spezifische Form der Geldschöpfung ist geradezu kennzeichnend für ihn: Öffentlicher und privater Kredit sind eng verflochten – mit oftmals paradoxen und trügerischen Effekten.⁵⁹

Die Anfänge dieses neuen Systems liegen in einem Moment der Krise in der letzten Dekade des 17. Jahrhunderts.⁶⁰ Ein besonders einflussreicher Neuansatz, der der Politik des Geldes eine andere Gestalt gab und zum Fundament für spätere Denker wurde, stammte von John Locke (um den es im zweiten Kapitel geht). Anstatt Münzverschlechterungen mit moralischen Einwänden zu begegnen, ging Locke von den alten aristotelischen Annahmen aus, zog aus ihnen aber einen neuen Schluss. Den monetären Vertrag beschrieb er bekanntlich als eine stillschweigende, vopolitische Übereinkunft der gesamten Menschheit und siedelte das Geld so scheinbar außerhalb der politischen Kontrolle an. Außerdem sollte das unausgesprochene Band zwischen allen Menschen ein Einverständnis mit den Ungleichheiten bedeuten, die die wirtschaftliche Entwicklung zwangsläufig produzierte.⁶¹ Aus Lockes Sicht hatte der stillschweigende Vertrag über das Metallgeld einen kosmopolitischen Charakter, aus dem sich die Pflicht ergab, monetäre Stabilität zu gewährleisten und gleichzeitig die Expansion von Überseehandel und sogar Kolonialsiedlungen zu fördern. Monetäre Gerechtigkeit bedeutete für Locke daher allem voran die Verpflichtung, die Unantastbarkeit eines Metallgeldes zu wahren, das auch ein Band des Vertrauens zwischen dem Souverän und seinen Subjekten darstellte. Im Hintergrund seiner Intervention stand eine neue Fiskalverfassung, die Besteuerung von politischer Repräsentation abhängig machte.⁶² Dies ließ die eigenartige konstitutionelle Rolle der monetären Gewalt jedoch nur noch deutlicher hervortreten. Unabhängig davon, ob sie in den Händen des Souveräns blieb oder in den Schoß des Parlaments gelegt

wurde, die Macht, Geld zu schöpfen, schien die Fiskalverfassung auszuhöhlen. Um ihren exzessiven Gebrauch abzuwenden, galt es, die monetäre Gewalt nun einzuschränken und sofern möglich vom Fiskalstaat zu trennen. Dies stellte eine Möglichkeit dar, die heftigen Turbulenzen des 17. Jahrhunderts zu beenden und das Verhältnis zwischen Souveränität und Geld neu zu bestimmen.

Doch es war allenfalls eine zeitweilige Lösung. Die Entwicklung des Kapitalismus und der Aufstieg des auf Schulden gegründeten fiskal-militärischen Staates im 18. Jahrhundert schlugen sich schon bald in Vorschlägen für die Einführung von Papiergeld nieder, die Lockes Orthodoxie auf den Prüfstand stellten. Das Zeitalter der Revolutionen und die britische Aufhebung der Goldbindung während der Napoleonischen Kriege erwiesen sich als ein Treibhaus für Debatten über die Geld-, Handels- und Fiskalordnung – Debatten, die nicht nur in Großbritannien und Frankreich, sondern auch in den kriegsgeplagten deutschen Ländern intensiv geführt wurden. Am weitesten ging dabei Johann Gottlieb Fichte, der sich von Lockes Vorstellung einer allgemeinen stillschweigenden Zustimmung zum Metallgeld absetzte und stattdessen eine enge Analogie zwischen Geld und Gesellschaftsvertrag herstellte (Thema des dritten Kapitels).⁶³ Wo Locke versucht hatte, das Geld außerhalb der direkten politischen Kontrolle des Gemeinwesens anzusiedeln, argumentierte Fichte, die Währung müsse denselben Forderungen von Vernunft und koordinierter Autonomie entgegenkommen, die auch dem Gesellschaftsvertrag zugrunde lagen.⁶⁴ Monetäre Gerechtigkeit bedeutete für ihn somit nicht nur die Durchsetzung privater Verträge, sondern auch die Verwirklichung bürgerlicher Gleichheit sowie des Rechts auf Arbeit. Wirtschaftliche Gerechtigkeit erforderte eine einschneidende Veränderung des Geldsystems.

Doch Fichtes radikaler Entwurf erwies sich als Totgeburt. Stattdessen gewann der globale Kapitalismus an Schwung und das Zeitalter der Handelsrevolution zwischen den 1820er und 1870er Jahren eröffnete eine neue Phase der Debatte. Obwohl Großbritannien nach dem Wiener Kongress die sogenannte *Suspension Period* beendete und zum Goldstandard zurückkehrte, gab es noch keine hegemoniale internationale Geldordnung. Vor diesem Hintergrund kam es immer wieder zu sozialistischen Forderungen nach einer Reform des Kreditsystems, namentlich in Frankreich, wo Pierre-Joseph Proudhon im Zuge der Revolution von 1848 die Gründung einer Volksbank anstrebte.⁶⁵ Selbst das *Manifest der*